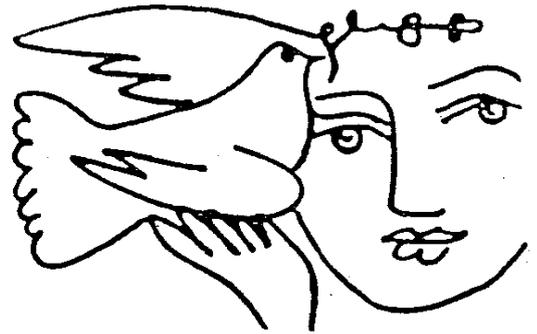


An die streikenden Studierenden

Grußschreiben der Friedensbewegung

anlässlich des Bildungsstreiks und der Aktionen
am 17. November 2009



Die Proteste der Studierenden gegen die schier unerträglich gewordenen Studienbedingungen finden auch in der außeruniversitären Öffentlichkeit Sympathie und Unterstützung. Reihen sie sich doch ein in die – noch schwachen – Kämpfe größerer Teile der Bevölkerung gegen die unsozialen Auswirkungen der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates und gegen die Profitgier der Banker und Topmanager transnationaler Konzerne. Aus unserer Sicht betreiben die schwarz-gelbe Bundesregierung und fast alle Landesregierungen eine Wissenschafts- und Bildungspolitik, die Wenigen eine Elitebildung und den Vielen eine Schmalspurausbildung à la Bologna bescheren soll.

Aus unserer Sicht geht es heute an den Hochschulen um nicht mehr und nicht weniger als um solche zentralen Fragen wie: In wessen Interesse wird Wissenschaft getrieben, wem gehören die Universitäten und Fachhochschulen, wer bestimmt über die Bildungsinhalte und deren Vermittlung? So kann uns beispielsweise nicht gleichgültig sein, ob an den Schulen Offiziere um neue Rekruten für die Bundeswehr werben, oder ob an den Universitäten im Auftrag von Verteidigungsministerium oder Rüstungsfirmen für den Krieg geforscht wird. Universitäten haben einen Bildungsauftrag, der zum Frieden, zur Völkerverständigung und zur weltweiten Abrüstung beitragen soll, nicht aber zu Rüstung und Krieg.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass die Friedensbewegung gerade in diesen Tagen im ganzen Land Abstimmungsaktionen durchführt über die Frage, ob der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan weiter verlängert werden soll oder nicht. Die 3 ½ Milliarden EURO, die allein die Bundesregierung in den unsinnigen Afghanistankrieg investiert hat, sind ein Wechsel auf Tod, Zerstörung und Feindschaft. Hier tut radikales Umdenken not: Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte lassen sich nicht mit Militär und Krieg durchsetzen, sondern nur mit der helfenden Solidarität der Völker. Wenn die Studierenden in ihren Streikkämpfen und Diskussionen noch etwas Zeit übrig haben, können sie sich gern an den Abstimmungsaktionen der Friedensbewegung beteiligen. Es wäre doch auch von gesellschaftlichem Interesse zu erfahren, wie die Studierenden über den Krieg in Afghanistan denken.

Für die Kampagne der Friedensbewegung „Truppen raus aus Afghanistan“:
Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag
Kassel, 16. November 2009

www.afghanistandemo.de